

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Dr. Rudi Schöfberger MdB zum Auftakt der heißen Wahlkampfphase in Bayern: Verfassung und Vernunft sind auf unserer Seite.

Seite 1

Gert Walter MdEP zum Asyl-Beschluß des dänischen Kabinetts: Ein unfreundlicher Akt auf Kosten der Bundesrepublik.

Seite 3

Willy Brandt MdB zum sechzigsten Geburtstag von Klaus Schütz: Glückwunsch für einen Weggefährten.

Seite 4

41. Jahrgang / 175

15. September 1986

Die Kraft der Argumente ist auf unserer Seite

Die bayerische SPD weist die CSU-Attacken auf die Grundrechte zurück

Von Dr. Rudi Schöfberger MdB
Landesvorsitzender der bayerischen SPD

Zu Beginn dieser Woche eröffnet die CSU die heiße Phase ihres Landtagswahlkampfes. Zwei Themen - beide nicht neu - hat sie dafür auserkoren und auf Hochglanz poliert:

- die „Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts“,
- die „Lösung des Asylantenproblems“.

Dies sind die Originaltitel aus dem „Bulletin“ der Bayerischen Staatsregierung Nr. 17/86 vom 26. August 1986, Seite 2.

Die bayerische SPD ist darauf eingestellt. So vordergründig war bisher noch kein CSU-Wahlkampf angelegt. Keinem aufmerksamen Beobachter entgeht dessen Strategie, dessen Zeitplan und die dahinter steckende Absicht.

Spätestens im Frühjahr 1986 mußte der begnadetste Populist Europas, Franz Josef Strauß, erkennen: Nahezu auf allen Politikfeldern bläst seiner CSU der Wind ins Gesicht. Mit Hauptthemen wie „Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit“, „Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit nach sozialer Demontage“, „WAA Wackersdorf“, „Tschernobyl und die Zukunft der Kernkraftnutzung“, „Waldsterben“, „SDI-Beteiligung der Bundesrepublik“, „EG-Agrarmarkt und Bauernaufstand“ muß die CSU dramatische Wählerleinbußen befürchten. Strauß kennt das Gesetz der Wahlsoziologie: „Wer die Issue-Kompetenz und damit die Meinungsführerschaft im Wahlkampf verliert, verliert abschließend auch die Wahl.“

Was sich zum Anfang dieser Woche nach sorgfältiger Vorbereitung abspielen wird, ist nichts anderes als der Versuch der CSU, die Meinungsführerschaft in diesem Landtagswahlkampf doch noch zurückzuerobern - und zwar auf ausgewählten und ureigensten Feldern:

0 Am heutigen Montag wird der CSU-Vorstand den Kampf gegen die derzeitigen „Hauptfeinde“ unserer Republik, die „Demo-Verbrecher“ (Strauß) und die „Scheinasylanten“, verkünden. Das gibt Presse.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled paper
Recycling-Paper



- 0 Am morgigen Dienstag wird die Bayerische Staatsregierung zwei Gesetzentwürfe des Justiz- und des Innenministeriums verabschieden und ebenso kraftvoll wie entschlossen im Bundesrat einbringen. Das gibt wiederum Presse.
- 0 Am Freitag, dem 26. September 1986, wird der Bundesrat über die Gesetzentwürfe beraten; dafür ist gesorgt. Das gibt erneut Presse. Mehr als eine Ausschlußüberweisung kommt dabei nicht heraus - aber bis zum Wahltag am 12. Oktober 1986 läßt sich der Eindruck erwecken, die CSU sei die einzige politische Kraft in Deutschland, die die „Hauptprobleme unserer Zeit“ erkannt hat und zu lösen vermag. Alle anderen seien Schlappschwänze, wie die CDU, unentschlossene Humanitätssdulser, wie die FDP, oder böartige Finsterlinge wie die SPD.

Strauß glaubt selbst nicht an den Erfolg seiner Gesetzesinitiativen. Für seine „Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts“ fand sich bisher schon keine Mehrheit im Bundestag. Für eine Änderung des Grundrechts auf Asyl gibt es weit und breit keine Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat. Deshalb flüchtet er schon im Vorfeld in seine altbekannte Sonthofener Strategie; diesmal nur etwas staatsmännischer und besorgter: „Ein Durchbruch zu wirksamen Gesetzen werde deshalb erst zu erzielen sein, wenn der Bevölkerung der Ernst der Lage und das Ausmaß der Gefahr, in welcher der demokratische Rechtsstaat schwebt, voll bewußt sei und das auch in den Wahlergebnissen seinen Niederschlag gefunden habe.“ (Bulletin a.a.O.)

Mit ihrem „law and order“-Wahlkampf baut die CSU schamlos auf Sicherheitsbedürfnisse der meisten Bürger, auf verbreitete Vorurteile und Ängste - und scheut in Sachen Asylrecht nicht davor zurück, Ausländerfeindlichkeit, ja Fremdenhaß auf ihre Wahlkampfmühlen zu leiten. Die CSU tut so, als könnte sie und nur sie Probleme entschlossen anpacken und lösen - alle anderen würden sie daran hindern. Dabei ist die von ihr gestellte Staatsregierung gerade auf diesen Feldern in höchstem Maße unfähig, wenn es um praktische Lösungen geht: In Wackersdorf kann sie mit verfehlten Polizeieinsätzen nicht einmal die geltenden Straf- und Polizeigesetze vollziehen und die Gewaltkriminellen aus dem Verkehr ziehen. Aber ständig ruft sie nach schärferen Gesetzen.

Seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes ist die CSU die erste staatstragende Volkspartei, die mit der Brechstange gegen Grundrechte und damit gegen das Grundgesetz losgeht. Das ist das Bemerkenswerte an den Gesetzentwürfen der CSU: Wer das Grundrecht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit wie zu Zeiten von Kaiser Wilhelm II. dem dreimaligen Trompetenstoß irgendeines Polizeibeamten unterstellen will, der jede Demonstration nach Gutdünken auflösen könnte, ist ein Vordemokrat und hat unsere Verfassung bis heute noch nicht verinnerlicht.

Beim Asyl ist sie total unfähig, über eine bessere Personalausstattung der Kreisverwaltungsbehörden, des Bundesamtes in Zirndorf und der Verwaltungsgerichte das Asylverfahren zu beschleunigen. Sie ist unwillens und unfähig, die nicht anerkannten Asylbewerber nach Recht und Gesetz auch tatsächlich abzuschicken. Aber das Asylrecht will sie knacken, weil das im Wahlkampf populärer ist als die nüchterne Problemlösung.

Wer das Grundrecht auf Asyl dadurch aushöhlen will, daß er nur noch Flüchtlinge aus bestimmten Ländern aufnehmen und Flüchtlinge aus anderen Ländern den Folterknechten ausliefern will, ist vielleicht ein guter Wahlkampfstrategie, aber gleichzeitig ein zynischer Menschenverächter, der vieles in Anspruch nehmen darf, aber nicht mehr das Attribut „christlich“. Wir Sozialdemokraten stellen mit Befriedigung und mit hoher Achtung fest: Die beiden christlichen Kirchen haben sich mit einer ungewöhnlichen Schärfe und Eindringlichkeit von den Asyl-Plänen der CSU distanziert.

Deshalb steht dieser Landtagswahlkampf nicht nur im Zeichen schärfster CSU-Attacken auf zwei Grundrechte (Versammlungsfreiheit und Asylrecht). Erstmals in ihrer Geschichte steht die CSU mit einer zentralen Wahlkampforderung im blanken Gegensatz zu beiden Kirchen und zu christlichen Grundwerten. Wir Sozialdemokraten werden das in den nächsten Wochen gebührend würdigen.

Im übrigen läßt sich die älteste demokratische Partei Bayerns und des Bundes mit den beiden vordergründigen Gesetzentwürfen der CSU nicht in die Ecke drücken. Im Einklang mit den Kirchen, den caritativen Organisationen, der Gewerkschaft der Polizei, den Vereinigungen der Richter und Staatsanwälte, im Einklang mit weiten Teilen der oberpfälzischen Bevölkerung und nicht zuletzt mit der Kraft der Argumente und dem Grundgesetz auf unserer Seite kämpft es sich nicht schlecht.

(-/15.9.1986/vo/rs)



Ein unfreundlicher Akt auf Kosten der Bundesrepublik

Zum Asyl-Beschluß des dänischen Kabinetts

Von Gerd Walter MdEP
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Das dänische Kabinett hat am Wochenende beschlossen, daß künftig Asylbewerber nur noch auf dem Landweg in das Königreich einreisen dürfen, wenn sie über ein gültiges Einreisevisum verfügen. Wenn diesem Vorschlag in Kürze - und daran ist nicht zu zweifeln - im Folketing zugestimmt wird, ist die Grenze Dänemarks zur Bundesrepublik praktisch dicht. Ich nenne das einen unfreundlichen Akt auf Kosten der Bundesrepublik.

Es ist schon absonderlich, daß in den vergangenen Tagen zwischen bundesdeutschen und dänischen Beauftragten Gespräche über strittige Punkte der Asylgewährung und Behandlung von tatsächlichen und vermeintlichen Flüchtlingen stattgefunden haben, ohne daß offenbar die von der dänischen Seite ins Auge gefaßte Neuregelung erörtert worden ist. Man möchte es kaum glauben: Nach den Absprachen mit Ost-Berlin über die Behandlung von Flüchtlingen auf dem DDR-Flughafen Schönefeld ist dieser neue Plan der dänischen Regierung wiederum eine Maßnahme, mit der die spezielle deutsche Situation ohne Rücksicht auf die sonst guten Beziehungen ausgenutzt wird.

Diese Entwicklung kann nicht akzeptiert werden. Es ist höchste Zeit, daß nun die Länder der Europäischen Gemeinschaft und des Europarates endlich mit dem egoistischen Herumgewurstel aufhören und zu einem gemeinsamen Handeln kommen, das den berechtigten humanitären Forderungen von Flüchtlingen und der unterschiedlich genutzten Aufnahmekapazität der einzelnen demokratischen Länder Europas gerecht wird. Entsprechende internationale und europäische Konventionen über einen Lastenausgleich und eine Regulierung von Flüchtlingsströmen gibt es; sie müssen von den Regierungen nur endlich verantwortungsbewußt und solidarisch angewandt werden.

Die Parole „Grenzen zu!“ ist jedenfalls die falsche. Sie löst das eigene Problem nur kurzfristig. Verschärft die Probleme jedoch bei den Nachbarn und den Betroffenen. Zur Zeit gilt leider: Anstatt zu mehr Gemeinsamkeit zu finden, benimmt sich das Europa der 80er Jahre, als habe es nichts dazugeernt. Dabei können wir uns auf keinem Gebiet Zerrissenheit leisten - auch nicht in der Asylfrage.

(-/15.9.1986/vo/rs)

* * *



Klaus Schütz zum Sechzigsten

Geburtstagsgruß an einen Weggefährten

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der SPD

Mir fällt es nicht leicht, gebührend davon Kenntnis zu nehmen, daß auch seinerzeit junge Weggefährten die Schwelle zum reiferen Mannesalter überschreiten. Klaus Schütz habe ich in Berlin in der ersten Nachkriegszeit kennengelernt, als er in der Jugendarbeit stand. Er blieb oft der Jüngste im Kreis derer, die mit mir eng zusammenarbeiteten: zum Beispiel im Vorstand der Berliner Sozialdemokraten und im Senat. Er hat mir bei wichtigen politischen Aufgaben geholfen, mich auf manchen Stationen begleitet; er wurde mein Kollege und Amtsnachfolger. Der Vertraute wurde zum Freund.

Zum engagierten Senator für Bundesangelegenheiten habe ich ihn 1961 vorgeschlagen, nachdem er zuvor für mich in den Bundestag nachgerückt war. Auch hatte er einen maßgebenden Anteil an den Wahlkämpfen von 1961 und 1965. Ende 1966 sind wir gemeinsam ins Auswärtige Amt gegangen, und er setzte weiterwirkende Spuren, obwohl er nur ein knappes Jahr als Staatssekretär wirken konnte. Wenn gelegentlich immer noch einmal vom Harmel-Bericht gesprochen wird, er hat ihn mitgestaltet.

Dann kamen seine zehn Jahre im Amt des Regierenden Bürgermeisters, Jahre, in denen er zugleich die Berliner Sozialdemokraten führte und unserem Parteivorstand angehörte. Seine umfassende Sachkenntnis, die Abgewogenheit seines Urteils und seine Weltoffenheit ließen seine Wertschätzung weit über den Kreis derer hinauswachsen, zu denen er parteipolitisch kraft Überzeugung gehört.

Nachdem er als Regierender Bürgermeister zurückgetreten war, wurde Klaus Schütz Botschafter in Israel. Und man hätte nicht später mit ihm in jenem Land zu sein brauchen, um bestätigt zu bekommen, wie wirksam er seine Aufgabe an einem gleichermaßen wichtigen wie schwierigen Ort deutscher Diplomatie wahrgenommen hat. Daß es oft besonders sensible Stationen waren, die er in seiner politischen Laufbahn ausfüllte, ist gewiß kein Zufall. Bei fast allen Tätigkeiten spielte die Vertretung deutscher Belange nach außen eine Rolle.

Das ist so geblieben. Seit sechs Jahren steht er der Deutschen Welle vor, dem Rundfunksender, der in mehr als dreißig Sprachen auf alle Kontinente ausstrahlt. Wiederum hat er viel Zustimmung gefunden, wenn man davon absieht, daß einige seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie für einen Nachteil halten. Ein ernster Einwand dagegen, ihn seine Arbeit fortführen zu lassen, kann das doch wohl nicht sein?

Es muß mit seinen besonderen Gaben zusammenhängen, wenn Klaus Schütz so Unterschiedliches meisterte. Vor zwanzig Jahren hat Günter Gaus in einem Porträt des Vierzigjährigen dessen schnellen Weg nach oben mit dem Satz zu erklären versucht: „Die Partei von Klaus Schütz heißt Klaus Schütz.“ Er meinte damit durchaus wohlwollend dessen Verzicht auf ideologische Verbrämungen zugunsten einer gehörigen Portion Ehrlichkeit. Heute weiß man: Es steckt noch etwas mehr dahinter.

Ich grüße den vitalen Sechziger in Dankbarkeit und mit guten Wünschen für das, was er sich noch vorgenommen hat.

(-/15.9.1986/vo/rs)

* * *

